

Übersicht

I.	Einführung und Problemstellung	45
II.	Theoretische Grundlagen, Forschungsstand und Begriffe	66
III.	Geschichtlicher Rückblick und internationale Verankerung	100
IV.	Das neue Autonomiestatut und die Grundlagen des Minderheitenschutzes	123
V.	Österreichs Streitbeilegung vor der UNO	189
VI.	Minderheiten und Volksgruppen in nationalen Parlamenten	219
VII.	Auswirkungen der Wahlsysteme auf Südtirols Vertretung	277
VIII.	Italien – Aufbruch zur Mehrheitsdemokratie?	373
IX.	Die Regionalisierung und ihre Auswirkungen auf die Sonderautonomien	401
X.	Zentralistische Tendenzen und das Bemühen ums Einvernehmen	455
XI.	Hongkong – die Schwächen einer starken Autonomie	473
XII.	Åland und Südtirol – Autonomien auf dem Prüfstand	492
XIII.	Regionen im Spannungsfeld zur EU	521
XIV.	Erkenntnisse, Schlussfolgerungen, Empfehlungen	546
XV.	Literatur- und Quellenverzeichnis	572

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung und Problemstellung	45
1. Untersuchungsobjekt und Abgrenzung des Themas	45
1.1. Die Eignung der Südtirol-Autonomie für die Untersuchungsziele	46
1.2. Die Abgrenzung des Untersuchungsobjekts: Außen- und Innenverhältnis	48
1.3. Die Auswahl der Autonomien zum Vergleich	48
1.3.1. Vergleich von Vertretungsrechten in Parlamenten	48
1.3.2. Analytischer Vergleich von qualifizierten Autonomien	49
2. Forschungsfragen und Thesen	51
3. Theoretischer und methodischer Zugang	55
3.1. Institutioneller, historischer und rechtsnormativer Ansatz	55
3.2. Sprachenwahl	55
4. Aufbau und Inhalt der Arbeit	56
II. Theoretische Grundlagen, Forschungsstand und Begriffe	66
1. Einleitung	66
2. Instrumente zum Minderheitenschutz: Rechtesschutz und Autonomie	66
2.1. Definition von Minderheiten	67
2.2. Schutz persönlicher Rechte und Autonomie	68
2.3. Autonomie in Verwaltung und Gesetzgebung	70
2.4. Die autonomen Körperschaften in Italien	72
3. Wahlsysteme und optimale Vertretung	73
3.1. Wahlsysteme: Begriffsbestimmung	74
3.2. Was regeln Wahlsysteme?	75
3.2.1. Die Wahlsysteme nach der Stimmenverrechnung: Majorz und Proporz	76
3.2.2. Nationale Minderheiten und Wahlsysteme	78
3.3. Definition und Einteilung von ethnoregionalen Parteien	79
3.4. Die Grundsätze des Europarates	82
3.4.1. Die Venedig-Kommission	82
3.4.2. Die Grundsätze für das Wahlrecht von nationalen Minderheiten	83
3.5. Die Auswirkungen der Wahlsysteme mit und ohne ethnoregionale Parteien	84
4. Regionalismus und die Bedeutung der Regionen	86
4.1. Begriffsbestimmung	86
4.2. Der regionale Raum	87
4.3. Die Region als politischer Entfaltungsraum	89
4.4. Regionalismus als politische Bewegung	91
4.5. Der neue Regionalismus	92
5. Föderalismus – das Bündnis als Grundlage	93
5.1. Merkmale eines Bundesstaates	94
5.2. Regionalismus – Föderalismus: Abgrenzung oder Übergang?	95
6. Mehrheits- oder Konsensdemokratie	97
7. Resümee zu Theorie und Begriffe	99

III. Geschichtlicher Rückblick und internationale Verankerung	100
1. Einführung in Land und Geschichte	100
2. Von den Feldzügen der Römer zur Kaiserstraße	101
3. Tirol kommt zu Österreich und behält seine Freiheiten	103
3.1. Die Bauern erheben sich gegen Adel und Geistlichkeit	104
3.2. Gegen Wien – den „Schlachthof der Freiheit“	105
3.3. Die Feuer der Herz-Jesu-Nacht gegen Napoleon	106
3.4. Die Teilung Tirols – die Grenze am Brenner	106
4. Der Faschismus und die Option	109
5. Der Pariser Vertrag: die internationale Grundlage	111
6. Das erste Autonomiestatut von 1948: eine Enttäuschung	114
6.1. Die Großkundgebung von Sigmundskron	115
6.2. Die Feuernacht	115
7. Die UNO-Resolutionen	116
8. Das Südtirol-Paket	119
8.1. Für Italien: eine rein innere Angelegenheit	120
8.2. Für Österreich: die Erfüllung des Pariser Abkommens	120
9. Resümee zur Geschichte	122
IV. Das neue Autonomiestatut und die Grundlagen des Minderheitenschutzes	123
1. Die Autonomie der Region und der autonomen Provinzen Bozen und Trient ..	123
1.1. Mitte-Links und die Kommunisten gewährleisten die Zweidrittelmehrheit	123
1.2. Das neue Autonomiestatut – ein Verfassungsgesetz	124
1.3. Die Durchführungsbestimmungen	124
1.4. Die Region – von der Vorherrschaft zu einem gemeinsamen Dach	126
1.5. Die autonomen Provinzen als eigentliche Träger der Autonomie	128
1.6. Die Befugnisse und die Grenzen der autonomen Gesetzgebung	129
1.6.1. Die Gesetzgebungsbefugnis und die Generalklausel	129
1.6.2. Die Gesetzgebungszuständigkeiten und ihre Grenzen	130
1.7. Die Befugnisse der Region – wenige Ordnungsbestimmungen	131
1.8. Die Befugnisse der autonomen Provinzen	133
1.9. Die Verwaltungsbefugnisse – parallel zur Gesetzgebung	135
1.10. Die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis	135
1.11. Die Finanzierung der Autonomie	136
2. Der ethnische Proporz: Grundlage des politischen Systems	138
2.1. Ein Akt der Wiedergutmachung	138
2.1.1. Die Verdrängung der Südtiroler aus dem öffentlichen Dienst	139
2.1.2. Situation in den Staatsdiensten vor Inkrafttreten des Proporz	140
2.1.3. Grundlagen und Stellenverteilung in Regierung und Verwaltung	143
2.2. Die Erhebung der Sprachgruppen	144
2.2.1. Eine umstrittene Maßnahme – Käfig oder Schutz?	145
2.2.2. Gerichtsverfahren und Verfassungsklage	146
2.2.3. Eine erste Lockerung: die Regelung von 1991 bis 2005	147
2.2.4. Seit 2005 zwei getrennte Erklärungen	148
2.2.5. Proporz nicht ganz erreicht, aber entkrampft	151

2.2.6. Der Rückgang der deutschen und ladinischen Bediensteten seit 2016	152
2.2.7. Landes- und Lokalverwaltungen	157
2.2.8. Neuerdings eine Garantie für die Italiener	158
2.3. Parität, Rotation und das Problem der Ladinier	161
2.4. Die Mitbeteiligung an der Staatsverwaltung	164
2.5. Proporz – Kritik, Probleme und Schlussfolgerungen	164
3. Gleichstellung und Schutz der Sprachen	167
3.1. Die Zweisprachigkeit im öffentlichen Dienst	167
3.1.1. Zweisprachigkeit ist Voraussetzung	167
3.1.2. Die Zweisprachigkeitsprüfung	168
3.2. Die Kenntnis des Ladinischen, Fersentalerischen und Zimbrischen	169
3.2.1. Die Rekurse vor dem EuGH und die Reform	169
3.2.2. Eine Schwierigkeit, aber große Vorteile	172
3.3. Die Gleichstellung der Sprachen – ein langer Weg	172
3.3.1. Der Gebrauch der deutschen und italienischen Sprache	173
3.3.2. Welche öffentlichen Stellen sind zum Sprachgebrauch verpflichtet?	174
3.3.3. Beschwerde wegen Sprachverletzungen	176
3.3.4. Der Sprachgebrauch bei Polizei und Gericht	177
3.3.5. Der VfGH zum Sprachgebrauch der Anwälte	178
3.3.6. Absolute oder relative Nichtigkeit bei Verletzungen der Sprachenregelung	179
3.3.7. Freie Sprachenwahl im Zivilprozess	180
3.3.8. Der Gebrauch der ladinischen Sprache	180
3.3.9. Die Ladinier – zunächst benachteiligt, dann gefördert	181
3.4. Der Unterricht in der Muttersprache	184
3.4.1. Die zweite Sprache ist Pflicht	185
3.4.2. Spannungen um die Einschreibung in deutsche Schulen	185
4. Resümee zur neuen Autonomie	188

V. Österreichs Streitbeilegung vor der UNO	189
1. Einleitung	189
2. Andreotti erklärt Paketabschluss im Parlament	189
3. Die Meldung an Österreich	194
4. Österreich erklärt die Streitbeilegung	195
4.1. Die österreichische Antwortnote an Italien	195
4.2. Österreich erklärt die Beilegung des Streites	197
4.3. Italien begrüßt die Streitbeilegung	203
4.4. Österreich und Italien melden die Streitbeilegung an die UNO	205
4.5. Der Wortlaut der Streitbeilegung Österreichs an die UNO	205
4.6. Italienische Erklärung an die UNO	207
4.7. Österreichs Erklärung an den Europarat	209
4.8. Die Erklärung Italiens an den Europarat	210
5. Der Internationale Gerichtshof wird zuständig	210
5.1. Den Haag war der Preis für das Paket	211
5.2. Österreichs Erklärung an den Internationalen Gerichtshof	211
6. Ausblick auf die Zukunft der Autonomie	212
6.1. Die internen Garantien	212

6.2.	Die Entwicklung der Bevölkerung	213
6.3.	Der epochale Umbruch in Europa	216
6.4.	Die Entwicklung in Italien	217
7.	Resümee zur Streitbeilegung vor der UNO	218

VI. Minderheiten und Volksgruppen in nationalen Parlamenten 219

1.	Einführung und Problemstellung	219
2.	Länder, die Minderheiten eine Vertretung garantieren	220
2.1.	Kroatien	220
2.2.	Slowenien	221
2.2.1.	Schutz hauptsächlich für Italiener und Ungarn	222
2.2.2.	Das Wahlgesetz und die Vertretung der Italiener und Ungarn	223
2.3.	Rumänien	224
2.3.1.	Die Minderheiten in Rumänien	225
2.3.2.	Das Parlament Rumäniens und die Vertretung der Minderheiten	226
2.4.	Königreich Belgien	228
2.4.1.	Die Gemeinschaften und Regionen	228
2.4.2.	Das Föderale Parlament Belgiens	231
2.4.3.	Probleme der sprachlichen Verteilung	232
2.5.	Bosnien-Herzegowina	234
2.5.1.	Ethnien und Aufgaben des Gesamtstaates Bosnien-Herzegowina	234
2.5.2.	Wahlgesetz und Parlament	236
2.5.3.	Die Föderation Bosnien und Herzegowina	237
2.5.4.	Die Republika Srpska (RS)	239
2.5.5.	Distrikt Brčko	239
2.6.	Weitere Länder mit Vertretungsrechten	240
2.7.	Schlussfolgerungen zu den ethnischen Vertretungsrechten	240
2.7.1.	Schwierigkeiten der ethnischen Machtverteilung in BiH	240
2.7.2.	Vergleich mit Südtirols Proporzsystem und Lösungsvorschläge	242
3.	Länder, die eine Vertretung erleichtern	245
3.1.	Polen	245
3.2.	Deutschland	247
3.2.1.	Die Novelle des deutschen Wahlgesetzes	248
3.2.2.	Die Sperrklausel und die Ausnahme	249
3.2.3.	Kritik an der Gesetzesnovelle des Bundestages	250
3.3.	Italien und die kleineren Minderheiten	252
3.3.1.	Sprachen in Italien	253
3.3.2.	Die Minderheiten in den Sonderautonomien	254
3.3.3.	Die Wahlen zu den Kammern	255
3.4.	Kritik und Schlussfolgerungen zu Erleichterungen für Minderheiten	256
4.	Auswirkungen auf nationale Minderheiten mit politischen Parteien	257
4.1.	Griechische Minderheiten in Albanien	257
4.2.	Die türkische Minderheit in Bulgarien	261
4.2.1.	Parlament und Wahlgesetz Bulgariens	262
4.2.2.	Die türkische Minderheit und ihre Vertretung	263
4.3.	Die Minderheiten in der Türkei	266

4.3.1.	Angeschlagene Demokratie	267
4.3.2.	Das Parlament und die Minderheiten	268
4.3.3.	Schlussfolgerungen	272
5.	Schlussfolgerungen: Auswirkungen von Wahlsystemen auf Minderheiten	272
6.	Resümee zu Minderheiten in Parlamenten	274
VII. Auswirkungen der Wahlsysteme auf Südtirols Vertretung		277
1.	Einleitung und Problemstellung	277
2.	Die Vertretung der Südtiroler vom Königreich bis zum Faschismus	277
2.1.1.	Das Wahlsystem im Königreich	277
2.1.2.	Die Annexion und der Zusammenschluss zum Deutschen Verband	279
2.1.3.	Die ersten Wahlen von 1921	280
2.2.	Die Wahlreform von 1923 und der Untergang der Demokratie	282
2.2.1.	Der Faschismus und das Wahlgesetz von Giacomo Acerbo	282
2.2.2.	Der Appell der Südtiroler Parlamentarier	283
2.2.3.	Die Parlamentswahlen im April 1924 und das Ende der Demokratie	284
3.	Das Ringen um Autonomie und eine Vertretung in Rom	288
3.1.	Die Südtiroler Minderheit im Parlament von 1948 bis 1992	288
3.1.1.	Das Wahlrecht im demokratischen Italien	288
3.1.2.	Die Gründung der SVP als Sammelpartei	290
3.1.3.	Die erste Feuerprobe im Jahr 1948	290
3.1.4.	Die Wahlen von 1953 bis 1987 im Überblick	294
4.	Neue Senatswahlkreise 1991 und neues Wahlsystem 1993	298
4.1.	Die Neueinteilung der Senatswahlkreise in der Region	298
4.1.1.	Die Maßnahme 111 des Südtirol-Paketes	299
4.1.2.	Die Verhandlungen zur Durchführung der Maßnahme 111 des Paketes	300
4.1.3.	Die Vorschläge von Cossiga/Rognoni in einer Wahlsimulation	301
4.1.4.	Die Vorschläge Dragogna	303
4.1.5.	Die Abänderungsvorschläge der SVP	304
4.1.6.	Die Sprachgruppenverteilung und der Beschluss der SVP	305
4.1.7.	Der neue Gesetzentwurf Gava	305
4.1.8.	Der Durchbruch und das Gesetz zur Neueinteilung	306
4.2.	Die Auswirkungen auf die Senatswahlen von 1992	306
4.3.	Die Wahlrechtsreform von 1993	309
4.3.1.	Die Sitzverteilung im Proporzsystem der Kammer	310
4.3.2.	Die Sitzverteilung im Proporzsystem des Senates	312
5.	Die Auswirkungen der Reformen auf die Wahlen von 1994 bis 2001	313
5.1.	Die Parlamentswahlen von 1994 auf staatlicher Ebene	313
5.2.	Die Sperrklausel in der Wahlrechtsreform	315
5.2.1.	Das Verfahren beim Verfassungsgerichtshof	315
5.2.2.	Die erste Protestkandidatur von Magnago 1994.....	316
5.2.3.	Das Verfahren bei der Europäischen Menschenrechts- kommission 1994–1996	318
5.2.4.	Ein Präzedenzfall in Belgien	319
5.3.	Die Auswirkungen auf die Parlamentswahlen in Südtirol 1994	320
5.3.1.	Die Auswirkungen auf die Kammerwahlen	320

5.3.2.	Die Senatswahlen von 1994 in Südtirol	320
5.4.	Die Auswirkungen auf die Parlamentswahlen 1996	322
5.4.1.	Die Senatswahlen von 1996 in Südtirol	322
5.4.2.	Die Folgerungen für die Kammerwahlen 1996	323
5.4.3.	Das Abkommen der SVP mit Prodi von 1996 zur Überwindung der Sperrklausel	324
5.5.	Die Auswirkungen auf die Parlamentswahlen 2001	325
5.6.	Die zweite Protestkandidatur Magnago 2001	325
5.6.1.	Das Abkommen der SVP mit Mitte-Links für die Mehrheitswahlkreise 2001	327
6.	Die Wahlreform von 2005 und die Sonderbestimmung für Südtirol	329
6.1.	Das neue Wahlrecht, die Sperrklauseln und der Mehrheitsbonus	329
6.1.1.	Die Sperrklausel und das Ringen um eine Ausnahmeregelung ..	329
6.1.2.	Das neue Wahlgesetz vom Dezember 2005	330
6.2.	Das Wahlabkommen der SVP mit Prodi 2006 und die Auswirkungen auf die Wahlen	331
6.2.1.	Die Wahlen im Senat 2006	333
6.2.2.	Die Vereinbarung zwischen den Parteien der Unione, der SVP und des PATT	334
6.2.3.	Mit Prodi eine fruchtbare Periode für Südtirol	336
6.3.	Die Parlamentswahlen 2008 und die „blockfreie“ SVP	336
6.3.1.	Die Schwierigkeiten für die Senatswahlen 2008	336
6.3.2.	Der Alleingang der SVP in der Kammer im Jahr 2008	338
7.	Die Wahlen 2013–2022 und der VfGH	341
7.1.	Das Gesetz von Duverger und die Lehre aus der Wahlniederlage	341
7.2.	Der VfGH streicht die Mehrheitsprämie	346
7.3.	Das Rosatellum und die Wahl 2018	347
7.4.	Die Parlamentswahlen 2018 in Italien	348
7.5.	Die Kammerwahlen in Trentino-Südtirol 2018	350
7.6.	Die Senatswahlen in Trentino-Südtirol 2018	353
7.7.	Die Parlamentswahlen 2022 und der radikale Rechtsruck	355
8.	Schlussfolgerungen zu den Wahlsystemen	358
8.1.	Die Wahlen im Senat seit 1948	359
8.2.	Die Wahlen für die Abgeordnetenkommission seit 1948	361
8.3.	Die Parlamentarier aus Südtirol in Rom 1921–2022	367
9.	Resümee zu Wahlsystemen und Südtirols Parlamentsvertretung	372

VIII. Italien – Aufbruch zur Mehrheitsdemokratie? 373

1.	Einleitung und Problemstellung	373
1.1.	Die Merkmale für den Demokratietypus	373
1.2.	Die Entwicklung der Demokratie als neues Untersuchungsobjekt	374
2.	Das Albertinische Statut: Zentralismus, Mehrheitswahl, flexible Verfassung ..	375
3.	Verfassung von 1948: Vielfalt, Konsens, schwacher Regionalismus	378
3.1.	Mehrparteiensystem und Koalitionen	379
3.2.	Einheitsstaat mit unterschiedlichen Regionalautonomien	380
4.	Die Reformversuche der 1980er und 1990er Jahre	381
5.	Erster Vorläufer zur Wende: Wahlrechtsreform von 1993	383
6.	Reform von 2001: Regionalismus mit föderalen Ansätzen	385
6.1.	Die Position der subnationalen Ebenen aufgewertet	385

6.2. Erweiterung der regionalen Zuständigkeiten	386
7. VfGH und Wahlreform verstärken die Wende	388
7.1. Fortsetzung des Trends durch das Porcellum	389
7.2. Vereinfachung der politischen Landschaft durch die Wahlen von 2008 ...	390
8. Gescheiterte Verfassungsreform Berlusconi 2005: Macht an die Regierung	391
9. Wahlreformen 1993–2017	392
10. Gescheiterte Verfassungsreform Renzi 2016: Zentralisierung und Stärkung der Regierung	393
10.1. Die Zentralisierung der Macht	393
10.1.1. Suprematie und Stärkung der Regierung	394
10.1.2. Abschaffung der Provinzen und des Beirats für Wirtschaft und Arbeit	395
10.2. Das neue Parlament mit unterschiedlichen Kammern	395
11. Zusammenfassung: Von Rückschlägen gebremster Weg zur Mehrheitsdemokratie	397
12. Resümee zur Entwicklung Italiens zur Mehrheitsdemokratie	400

IX. Die Regionalisierung und ihre Auswirkungen auf die

Sonderautonomien	401
1. Einleitung und Problemstellung	401
2. Der zentralistische Staatsaufbau Italiens	402
2.1. Das Parlament	403
2.1.1. Zwei Kammern, aber keine Länderkammer	403
2.1.2. Das Wahlrecht nach unterschiedlichen Kriterien	404
2.2. Die Regionen und die Lokalkörperschaften	404
3. Die Sonderautonomien	405
3.1. Die verfassungsrechtliche Sonderposition	405
3.2. Die Region Sizilien	406
3.3. Die Region Sardinien	406
3.4. Die Region Aosta	407
3.5. Die Region Friaul-Julisch Venetien	408
3.6. Die Region Trentino-Südtirol und die autonomen Provinzen Trient und Bozen	409
4. Die Auswirkungen der Vf-Reformen auf die Sonderautonomien	409
4.1. Die Sonderautonomien bestätigt	410
4.2. Die Besserstellungsklausel	411
4.3. Die Gleichstellung der Gesetzgebungsbefugnis von Staat und Region	412
4.4. Die Kompetenzverteilung	413
4.4.1. Die ausschließlichen Zuständigkeiten des Staates	413
4.4.2. Die konkurrierende Gesetzgebung der italienischen Regionen	413
4.4.3. Die Beteiligung der Regionen an der Europäischen Union	414
4.4.4. Die Generalklausel zugunsten der Regionen	414
4.4.5. Die neuen Residualzuständigkeiten der Regionen Italiens	415
4.4.6. Grenzbereiche	416
4.4.7. Die Zuständigkeit über die Verordnungsgewalt	417
5. Die Erweiterung der Sonderautonomie von Trentino und Südtirol	417
5.1. Die Generalklausel zugunsten der Sonderautonomien	417
5.2. Vergleich der konkurrierenden Zuständigkeiten	418

5.3.	Gehen die erweiterten Autonomieformen auf die Region oder die Provinzen über?	418
6.	Die neuen Zuständigkeiten der Region und der autonomen Provinzen	420
6.1.	Die neuen konkurrierenden Zuständigkeiten der Region	420
6.2.	Die neuen konkurrierenden Zuständigkeiten der Provinzen	421
6.3.	Keine Neuerungen für Region und Provinzen in bestehenden Bereichen	423
6.4.	Die neuen ausschließlichen Zuständigkeiten der Region	423
6.5.	Die neuen ausschließlichen Zuständigkeiten der autonomen Provinzen	424
7.	Die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes	426
7.1.	Der Verfassungsgerichtshof zur Besserstellungsklausel	426
7.1.1.	Die Aufgaben des Verfassungsgerichtshofes	426
7.1.2.	Eine rapide Zunahme der Streitfälle	427
7.1.3.	Die Besserstellungsklausel bestätigt	428
7.2.	Keine präventive Kontrolle von Regional- und Landesgesetzen mehr	429
7.3.	Der VfGH zu den Zuständigkeiten der Sonderregionen	430
7.3.1.	Die Auswirkungen auf die konkurrierenden Zuständigkeiten	430
7.3.2.	Konkurrierende Kompetenz für Gesundheitsschutz ausgeweitet	431
7.3.3.	Ärzteausbildung – Gesundheitsschutz oder Berufsausbildung?	432
7.3.4.	Die Auswirkung auf die ausschließlichen Zuständigkeiten	433
7.4.	Die Grenzen der Gesetzgebung	433
7.4.1.	Weniger Grenzen für die Normalregionen als für die Sonderregionen	433
7.4.2.	Keine uneingeschränkte Lockerung der Grenzen	435
7.4.3.	Bei neuen Zuständigkeiten die Grenzen gelockert	437
7.5.	Die Verwaltung und die Schutzklausel	439
7.5.1.	Die Verwaltungsbefugnisse in den autonomen Regionen	439
7.5.2.	Die Schutzklausel im Staatsgesetz	440
7.6.	Die Urteile über die Kompetenzen	441
7.6.1.	Residualzuständigkeiten abgegrenzt	442
7.6.2.	Ausschreibung von öffentlichen Arbeiten und Vertragswesen	442
7.6.3.	Öffentlicher Dienst und Amtszeit der Bürgermeister	443
7.7.	Die Ausrichtung der Rechtsprechung des VfGH	444
8.	Autonomie-Grundlagen, Dynamik und Merkmale	445
8.1.	Die Finanzautonomie	445
8.2.	Das „interne“ Statut der Regionen und des Landes	446
8.3.	Eine dynamische Autonomie für alle Regionen	447
8.4.	Einige wesentliche Merkmale des Bundesstaates umgesetzt	449
9.	Weitere Verbesserungen der Autonomie nach der Streitbeilegung	450
9.1.	Autonomie für Lokalkörperschaften	450
9.2.	Direktwahl des Landtages und Schutz der Minderheiten im Trentino	451
9.3.	Primäre Zuständigkeit für Lokalfinanzen	451
9.4.	Erweitertes Ladiner-Paket	451
9.5.	Autonomie im Energiebereich	452
9.6.	Verstärkte Parlamentsvertretung	452
10.	Bilanz und Schlussfolgerungen	453
11.	Resümee zur Regionalisierung	454

X. Zentralistische Tendenzen und das Bemühen ums Einvernehmen	455
1. Einleitung und Problemstellung	455
2. Die ungeschriebenen Erweiterungen der Sonderautonomien	457
3. Das Bemühen um ein Einvernehmen für Änderungen der Autonomiestatuten ...	458
3.1. Die Übergangsklausel für Südtirol	460
3.1.1. Der Scheinwerfer der Besserstellungsklausel von 2001 erlischt	460
3.1.2. Interpretationsbedürftige Formulierung	461
3.1.3. Schutzklausel hat Übergangscharakter	462
3.1.4. Letztendlich entscheidet der VfGH	462
3.1.5. Starkes oder schwaches Einvernehmen	463
3.1.6. „Starkes“ Einvernehmen, weil international?	464
3.2. Weitere Einschnitte in die Autonomien	464
3.2.1. Die Suprematie-Klausel	464
3.2.2. Die Koordinierung der Finanzen	465
3.2.3. Kein Schutz vor Ersatzbefugnis der Regierung	465
3.2.4. Minderheitenpolitik hängt vom Staats- und Regierungssystem ab	466
3.2.5. Legitimität des Parlamentes in Frage gestellt	466
3.2.6. Als Fundament bleibt der Pariser Vertrag	466
4. Die Versuche um ein Einvernehmen im Vergleich	467
5. Klauseln des Einvernehmens im Wortlaut	469
5.1. Die Schutzklausel in der Vf-Reform (Berlusconi, Bossi, Fini, „Devolution“) 2005	469
5.2. Schutzklausel in der Reform der Autonomiestatuten (Prodi-Periode) 2006	470
5.3. Übergangsbestimmung der Renzi-Reform	471
6. Resümee zu Zentralismus und Einvernehmen	472
XI. Hongkong – die Schwächen einer starken Autonomie	473
1. Einleitung und Problemstellung	473
2. Hongkong – nach über 150 Jahren zurück nach Chin	474
2.1. Im 19. Jahrhundert wie eine britische Kolonie	474
2.2. Die chinesisch-britische Gemeinsame Erklärung	474
3. Eine weitreichende Autonomie	479
3.1. Die internationale Begründung der Autonomie	579
3.2. Die Grundlage der Autonomie, Vergleich mit Südtirol	579
4. Die Spannung mit dem Zentralstaat	584
4.1. Revision des Basic Law von Hongkong	584
4.2. Niedergang von Art. 31: Das Staatsgesetz überwiegt	585
4.3. Hongkong – mehr Autonomie, aber keine internationale Garantie	588
5. Die Schwächen der Autonomie von Hongkong	590
6. Resümee zur Autonomie von Hongkong	591
XII. Åland und Südtirol – Autonomien auf dem Prüfstand	492
1. Einleitung und Problemstellung	492
2. Analoges Schicksal und Verankerung der Autonomien	492
2.1. Das Schicksal Ålands und die Angliederung an Finnland	492
2.2. Analoger Verlauf in Südtirol bis zur Angliederung an Italien	493

2.3.	Die internationale Verankerung der Autonomie Ålands	494
2.4.	Die internationale Verankerung der Südtirol-Autonomie	496
3.	Die Autonomien in den Verfassungen Finnlands und Italiens	496
3.1.	Ålands Autonomie in der finnischen Verfassung	496
3.2.	Gleichstellung der Sprachen in der finnischen Verfassung	498
3.3.	Südtirols Autonomie in der italienischen Verfassung	499
4.	Die Autonomiestatuten: Aufbau und Änderungsverfahren	500
4.1.	Aufbau und Bezeichnung des Autonomiestatus von Åland	500
4.2.	Aufbau und Bezeichnung des Autonomiestatus von Trentino-Südtirol	500
4.3.	Gesetzgebungsverfahren für Änderungen der Autonomiestatuten	501
4.4.	Die Kompetenz-Kompetenz und das Einvernehmen	502
5.	Beziehungen zwischen Autonomie und Staat	503
5.1.	Gouverneur und Regierungskommissar	503
5.2.	Åland-Delegation und paritätische Kommissionen	504
5.3.	Vertretung im Staatsparlament	504
6.	Der internationale Rahmen und die Europäische Union	505
6.1.	Neutralität und Entmilitarisierung	505
6.2.	Internationale Mitsprache und EU-Schutznorm für Åland	506
6.3.	Finnlands NATO-Beitritt und der Status von Åland	507
6.4.	Keine Schutznorm gegen EU-Bestimmungen für Südtirol	508
7.	Schutzmaßnahmen und Sprachenregelung	509
7.1.	Landesbürgerschaft, Wahlrecht und Maßnahmen gegen Überfremdung	509
7.2.	Die Stellung der Sprachen	510
8.	Autonome Gesetzgebung und Verwaltung	512
8.1.	Zuständigkeiten der Gesetzgebung im Vergleich	512
8.2.	Die Qualität der Zuständigkeiten	516
8.3.	Kompetenzen im Verwaltungsbereich	517
8.4.	Legislative Kontrolle	517
8.5.	Finanzierung	518
9.	Resümee zum Vergleich Åland – Südtirol	519

XIII. Regionen im Spannungsfeld zur EU 521

1.	Einleitung und Problemstellung	521
2.	Die Entwicklung der Regionen in Italien	522
2.1.	Den Regionen öffnen sich die Grenzen	522
2.2.	Die Erweiterung der Sonderautonomien wenig geschätzt	523
3.	Die Kollisionen zwischen Südtiroler Autonomierecht und EU-Recht	525
3.1.	Verlust von Zuständigkeiten durch das EU-Recht	525
3.2.	Kollision von EU-Recht mit besonderen Schutznormen der Autonomie	530
3.3.	Sprachenrecht auch für EU-Bürger in Südtirol?	530
3.4.	Die Zweisprachigkeitsprüfung unter der Lupe des EuGH	531
3.5.	Sprachgruppenerklärung bei der Volkszählung	532
4.	Die Kehrseite der Medaille: EU fördert Regionen	534
4.1.	Die EU und die Staaten entdecken die Regionen	534
4.1.1.	Die Autonomie der Regionen	535
4.1.2.	Der Europäische Ausschuss der Regionen	535
5.	Neue Chancen und Perspektiven für Südtirol	536

5.1.	Zusammenwachsen der Landesteile im vereinten Europa	536
5.2.	Erste völkerrechtliche Basis für Zusammenarbeit: das Madrider Abkommen	537
5.3.	Das Abkommen zwischen Italien und Österreich zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	537
5.4.	Die gemeinsamen Landtagssitzungen Tirol-Südtirol-Trentino	538
5.5.	Das Schengener Abkommen, die Grenzöffnung und die Vertretung in Brüssel	539
5.6.	Alle italienischen Regionen in Brüssel vertreten	540
5.7.	Erste Bemühungen der EU für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit	540
5.8.	Der Durchbruch: Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)	541
5.9.	Die Besonderheiten und Vorteile der EVTZ-Verordnung	542
5.10.	Die Europaregion im Rahmen des EVTZ	543
6.	Resümee zum Spannungsfeld zu Europa	544

XIV. Erkenntnisse, Schlussfolgerungen, Empfehlungen 546

1.	Analyse und Erkenntnisse aus der Geschichte	546
1.1.	Analyse der geschichtlichen Ereignisse	546
1.2.	Zusammenfassung der Erkenntnisse aus der Geschichte	548
2.	Analyse und Erkenntnisse aus den Wahlsystemen	549
2.1.	Analyse der Auswirkungen von Wahlsystemen	549
2.1.1.	Nach der Annexion und im Faschismus: abhängig vom Wahlkreis	549
2.1.2.	Nach dem Krieg bis 1993: Kammer im Proporzsystem	550
2.1.3.	Senat bis 1992: Wahlkreise mit 65 %-Hürde und Proporzausgleich	550
2.1.4.	Änderungen der Wahlkreise 1992 für den Senat	551
2.1.5.	Vorwiegend Majorz von 1993 bis 2005, ohne Hürde im Senat ...	552
2.1.6.	Vorwiegend Majorz von 1993 bis 2005 auch in der Kammer	552
2.1.7.	Proporz mit Hürden und Mehrheitsprämie in der Kammer ab 2005	553
2.2.	Zusammenfassung der Erkenntnisse aus den Wahlsystemen	554
3.	Analyse und Erkenntnisse aus der Entwicklung der Demokratieform	556
3.1.	Die Phase einer stärkeren Regionalisierung	556
3.2.	Die Wende in Richtung Mehrheitsdemokratie	557
3.3.	Zusammenfassende Erkenntnisse aus der Entwicklung Italiens	557
4.	Analyse und Erkenntnisse aus dem Vergleich von Autonomien	558
4.1.	Vergleich Südtirols mit Hongkong	558
4.2.	Vergleich Südtirols mit Åland	559
4.3.	Erkenntnisse aus dem Vergleich der drei Autonomien	560
5.	Analyse und Erkenntnisse aus der europäischen Integration	560
5.1.	Analyse der Folgen der Integration	560
5.2.	Erkenntnisse aus der europäischen Integration	561
6.	Wichtigste zusammengefasste Erkenntnisse	562
7.	Die ideale Autonomie	566
7.1.	Zwölf Merkmale einer idealen Autonomie	566
7.2.	Südtirols Autonomie an idealen Maßstäben gemessen	567

8. Empfehlungen an die Politik	569
9. Ausblick und Hoffnung	571
XV. Literatur- und Quellenverzeichnis	572
1. Autorenverzeichnis	572
2. Wichtigste Autonomie-Quellen	613
2.1. UN-Resolutionen und Dokumente	613
2.2. Grundlegende internationale Abkommen	615
2.3. Wichtige Verfassungsbestimmungen Italiens	616
2.4. Wichtige Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut	618
2.5. Ordentliche Gesetze und andere Bestimmungen	619
3. Weitere Quellen Italien	620
3.1. Abgeordnetenversammlung und Senat (Parlament)	620
3.2. Versuchte Verfassungsreformen Italiens	622
3.3. Wahlen und Wahlgesetze in Italien	623
3.4. Allgemeine italienische Quellen	624
4. Quellen Österreich	630
5. Südtirol-Trentino, Ämter, Dokumente, Medien	632
6. Weitere europäische und internationale Quellen	638
6.1. Europäische Union	638
6.2. Europarat	639
6.3. Central European Initiative	640
6.4. Andere internationale Quellen	640
7. Quellen zu anderen Ländern	641
7.1. Albanien	641
7.2. Belgien	642
7.3. Bosnien-Herzegowina	643
7.3.1. Föderation Bosnien-Herzegowina (Teilstaat)	644
7.3.2. Republika Srpska (Teilstaat)	644
7.3.3. Brčko District of Bosnia and Herzegovina	644
7.4. Bulgarien	645
7.5. China – Hongkong	646
7.6. Dänemark	647
7.7. Deutschland	647
7.8. Finnland – Åland Islands	650
7.9. Frankreich	651
7.10. Georgien	651
7.11. Großbritannien	652
7.12. Israel	653
7.13. Kroatien	653
7.14. Polen	653
7.15. Rumänien	654
7.16. Russland	655
7.17. Schweiz	655
7.18. Slowenien	655
7.19. Türkei	656
7.20. Ungarn	657
7.21. Zypern	657
8. Bildernachweis	658